

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. März 1959

397/J

A n f r a g e

der Abgeordneten J e s s n e r , Z i n g l e r , B r a u n e i s ,
E x l e r , C z e t t e l und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Gründung einer Stiftung zur Vergebung von Stipendien an österreichische Hochschüler.

-.-.-.-

Es ist begrüßenswert, dass bisher einzelne verstaatlichte Unternehmungen Stipendien an österreichische Hochschüler vergeben haben und damit begabten, aber unbemittelten Studenten ein Hochschulstudium ermöglichten. Die Notwendigkeit für Österreich, alle seine Begabungen zu entwickeln, um das kulturelle und wissenschaftliche Niveau unseres Landes nicht nur zu erhalten, sondern auch zu verbessern, ist so anerkannt, dass es keiner näheren Erläuterung bedarf.

Es entspricht auch durchaus der allgemeinen Ansicht über die verstaatlichte Industrie, dass diese nicht nur auf möglichst viele Einnahmen bedacht sein, sondern auch in jeder möglichen Weise zum Aufbau Österreichs beitragen soll. Sosehr die bisherigen Beiträge einzelner Betriebe zur Förderung des Hochschulstudiums anerkannt werden, so sind diese doch zu wenig und ausserdem nicht koordiniert.

Es sind daher Massnahmen auf breiter Ebene notwendig. Ohne die bisherigen betriebsinternen Regelungen abzuschaffen oder zu verschlechtern, könnten die verstaatlichten Betriebe durch regelmässige Beitragsleistung zu einer gemeinsamen Stiftung zur Förderung des Hochschulstudiums Wesentliches auf diesem Gebiete leisten. Die bereits durchgeführte Herabsetzung der Betriebsumlage, die an die Industrie- und Bergbauverwaltung zu zahlen ist, von 1,5 ^{Promille} auf 1 ^{Promille} des Nettoumsatzes, würde die Möglichkeit bieten, ohne neue Belastung der Betriebe, die Stiftung mit 0,5 ^{Promille} des Nettoumsatzes jedes einzelnen Betriebes zu dotieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrat der IBV die nachstehende

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, seitens der Industrie und Bergbauverwaltung eine Stiftung zur Förderung des Hochschulstudiums zu gründen und den von ihr verwalteten Betrieben aufzutragen, in diese Stiftung jährlich 0,5 ^{Promille} ihres Nettoumsatzes einzuzahlen?

-.-.-.-